

2.2 Mitgliederversammlungen

Zu den Mitgliederversammlungen, dem obersten Entscheidungsorgan der agah, können die Ausländerbeiräte je nach Einwohnerzahl ihrer Kommune zwischen einem und drei Delegierten entsenden.

2004 wurden die Delegierten fünfmal, 2005 viermal zu ordentlichen Plenarsitzungen geladen.

Nach § 6 Absatz 7 der agah-Satzung obliegt die Einberufung dem Vorstand. Die Einladungen wurden 2004/2005 fristgemäß versandt.

Plenarsitzungen 2004/2005

06.03.2004	Hanau
08.05.2004	Wiesbaden
26.06.2004	Heppenheim
09.10.2004	Dreieich
04.12.2004	Gießen
22.01.2005	Frankfurt
16.04.2005	Geisenheim
18.06.2005	Weilburg
24.09.2005	Hanau

Themenschwerpunkte der Versammlungen waren neben den Berichten des Vorstandes, der Ausländerbeiräte, der Arbeitsgruppen/Kommissionen:

- Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung
- Tierschutz und Schächten
- Bildung
- Zuwanderungsgesetz
- Berufsausbildung für Migrant/innen
- Aktuelle integrationspolitische Debatte 2004
- Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit
- Bundestagswahl 2005, Konsequenzen für und Erwartungen an eine künftige Migrationspolitik
- Ausländerbeiratswahlen 2005
- Weiterentwicklung und Zukunft der Ausländerbeiräte in Hessen.

Zahlreiche Einzelanträge, wie beispielsweise zum Aufenthaltsrecht für Arbeitnehmer im Rentenalter, die Unterstützung Kassels bei der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas, zum Kommunalwahlrecht, zur Verlängerung von Aufenthaltsgestattungen, zur Lebenssituation iranischer

Flüchtlinge, zu der Lehrerausbildung und Interkulturellen Kompetenz, das Projekt „Balance 2006“, Antirassismusprojekte an hessischen Schulen, Sicherheitsüberprüfungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen, Religionsfreiheit im Bestattungsrecht, Kindergartengebühren, islamischer Feiertag und zur Führerscheinprüfung, ergänzten die Themenschwerpunkte. Zu den Ergebnissen der inhaltlichen Diskussionen siehe Kapitel 3.

Zahlreiche Gäste und Referenten berichteten über die unterschiedlichsten Projekte und Initiativen. So wurde den Delegierten das Konzept des „START“-Stipendienprogramms für begabte und engagierte Zuwandererkinder der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, das Modellprojekt „Neue Wege der Berufsausbildung für junge Migranten – Verbesserung der Wiedereingliederungschancen für junge Strafgefangene“ von der JVA Wiesbaden und der Inbas GmbH oder das Projekt „Ballance 2006“ zur Fußballweltmeisterschaft vorgestellt.



Die Tierschutzbeauftragte des Landes Hessen informierte über „Tierschutz und Schächten in Hessen“ und diskutierte mit den Delegierten über die Abwägung von Tierschutz und religiösen Vorschriften. Der zu-

ständige Referatsleiter im Hessischen Innenministerium vermittelte einen Überblick über das neue Zuwanderungsgesetz.

Reines Fleisch ist eine Frage der Definition

Delegiertenversammlung der hessischen Ausländerbeiräte berastete sich mit dem Thema Fleischschutz und Schlachten

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Fleischdefinition sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer wieder diskutiert wurde.

Während die meisten Ausländerbeiräte die Fleischdefinition als rein biologisch betrachten, sehen andere die kulturelle Komponente als entscheidend an.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Diskussion über die Fleischdefinition ist ein Beispiel für die Vielfalt der Meinungen innerhalb der hessischen Ausländerbeiräte.

Die Regelungen von Hartz IV und die Auswirkungen für Migrant/innen standen im Mittelpunkt einer Diskussion mit einem Vertreter des DGB. Ausführliche Informationen erhielten die Delegierten zudem aus dem Bereich „Ausbilden im Verbund“ durch das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft.

Am 22. Januar 2005 fand das Jahresgespräch der Delegierten mit dem Hessischen Ministerpräsidenten in Frankfurt statt.

Im Rahmen der Diskussion wurden gegenüber dem Ministerpräsidenten vor allem folgenden Themen angesprochen: Sprachförderungsmaßnahmen für Kinder, Islamischer Religionsunterricht, Härtefallkommission, Altfallregelung, Muttersprachlicher Unterricht und hessische Schul-

Westfälischer Kurier 11.05.2004

politik, der Moscheebrand in Usingen, Wartezeiten vor der Erteilung/Verlängerung eines Aufenthaltstitels, Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und Nachweis der Sprachkenntnisse, Wirtschaftspolitik und Operation „Sichere Zukunft“, Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, russische Kontingentflüchtlinge und Arbeitsmöglichkeiten, Arbeitsmöglichkeiten und selbstständige Tätigkeit für Migrant/innen, arabische Länder als Gast der Buchmesse, Durchsuchung von Moscheen.



Ministerpräsident Koch würdigte in seinen Beiträgen die Arbeit der Ausländerbeiräte und die der agah. Der kontinuierliche Dialog zwischen Landesregierung, Landtag und agah sei vorbildlich. Es sei zwischen drei Bereichen zu unterscheiden. Es gebe Punkte, bei denen alle mit dem Erreichten zufrieden seien, zu anderen Punkten gebe es unterschiedliche Auffassungen und in wieder anderen Bereichen gelte es, noch große Schwierigkeiten zu lösen. Bei der Frage, wie Integration am besten gestaltet werden kann, gebe es einen großen Konsens. Das hessische Modell eines Integrationsbeirats werde von anderen Bundesländern

nach und nach übernommen. Es gebe also eine stabile Situation des Umgangs und Redens miteinander. Es sei daher ein Interesse der Hessischen Landesregierung, eine möglichst hohe Beteiligung an den Ausländerbeiratswahlen zu erreichen, wenn auch das Problem der niedrigen Wahlbeteiligung nicht allein auf die Ausländerbeiratswahlen beschränkt sei.

In Hessen habe man sich zunächst um den Bereich Bildung gekümmert. Als Beispiel verwies er auf die Sprachförderkurse für Kinder. Allerdings sei es in diesem Bereich wichtig, dass die Zahlen sinken. Viele Kinder, die an diesen Kursen teilnehmen, hätten keinen Migrationshintergrund. Aufgabe aller Eltern sei es aber, ihre Kinder sprachlich so zu bilden, dass sie ohne Sprachförderung eingeschult werden können. Wenn zusätzliche Sprachförderung erfolgen müsse, sei sie im Kindergarten am besten aufgehoben. Eine gemeinsame Organisation der ersten acht bis zehn Schuljahre sei nicht sinnvoll, vielmehr müsse eine gute, gemeinsame Grundlage geschaffen werden. Sprachdefizite führten oft zu nicht wieder einzuholenden Schul- und Berufsnachteilen. Diese Sprachschwierigkeiten wirkten sich im jetzigen Schulsystem noch aus. In Finnland gebe es ganz andere Lebensbedingungen, daher könne man nicht uneingeschränkt vergleichen. Die Schülerzahl in Deutschland liege viel höher. Das bisherige gegliederte Schulsystem müsse auch deshalb beibehalten werden, weil es besser sei, sich anstrengen und etwas erreichen zu wollen, als einen allgemeinen Durchschnitt zu bilden.

Es gebe universitäre Versuche, Lehrpersonal für Islamischen Religionsunterricht auszubilden. Direkte Ausbildung sei besser als spätere Fortbildung und solle die Akzeptanz des Lehrpersonals erhöhen. Es gebe dabei Kontakte zu dem Ministerium für Religionsangelegenheiten der Republik Türkei.

Die Einrichtung einer Härtefallkommission sei vernünftig. Es gebe sehr viel Hoffnung, einwandern und bleiben zu können. Die Härtefallkommission könne aber nicht hunderte Fälle lösen, sondern nur solche, in denen trotz außergewöhnlicher Umstände die Hände gebunden waren. In Hessen gebe es eine extrem ausgedehnte Tätigkeit des Petitionsausschusses, der sich schon immer bemüht habe, Härtefälle zu regeln. Die Besetzung der Härtefallkommission schließe nicht aus, dass es einen Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen gebe.

In den Innenministerkonferenzen werde auch über eine Altfallregelung gesprochen, da das Zuwanderungsgesetz Anlass dafür biete. Bei einer Altfallregelung dürfe aber - auch gegenüber bereits ausgereisten Personen – nicht der Eindruck vermittelt werden, nach einem möglichst langen Aufenthalt dürfe man letztendlich auch bleiben.



...Entwicklungen für ein besseres Leben sind wichtig. In den vergangenen Jahren haben wir viele Maßnahmen ergriffen, um die Integration von Flüchtlingen zu erleichtern. Das ist ein langfristiges Ziel, das wir verfolgen werden. In Frankfurt gibt es viele Möglichkeiten, sich zu engagieren und zu helfen.

Frankfurt Schür Parliamentsu, anlaşımda papulu AGAI Değerler Toplantısında konuşan Hessen Başbakanı Rulfand Koch, AGAI Başkanı Manuel Parrondo ve Eyalet Başbakanlık Dairesi Yabancılar Sorumlusu Dr. Mechthild Müller görüştürdü.

Eyalet Başbakanı, entegrasyonda başarılı olduklarını savundu

“Uyum projesinde öncüyüz”

Hessen Eyalet Başbakanı Rulfand Koch, AGAI başkanlığına Manuel Parrondo'nun atanmasıyla ilgili olarak, Hessen'in entegrasyon konusunda başarılı olduğunu söyledi. Koch, AGAI Başkanı Parrondo ve Eyalet Başbakanlık Dairesi Yabancılar Sorumlusu Dr. Mechthild Müller ile Frankfurt'ta bir araya geldi. Koch, Hessen'in entegrasyon konusunda öncü olduğunu belirtti. Parrondo ise, Hessen'in entegrasyon konusunda başarılı olduğunu söyledi. Müller ise, Hessen'in entegrasyon konusunda başarılı olduğunu söyledi.

Hessen'in entegrasyon konusunda öncü olduğunu söyledi. Koch, AGAI Başkanı Parrondo ve Eyalet Başbakanlık Dairesi Yabancılar Sorumlusu Dr. Mechthild Müller ile Frankfurt'ta bir araya geldi. Koch, Hessen'in entegrasyon konusunda öncü olduğunu belirtti. Parrondo ise, Hessen'in entegrasyon konusunda başarılı olduğunu söyledi. Müller ise, Hessen'in entegrasyon konusunda başarılı olduğunu söyledi.



Hessen Yabancılar Meclisi'ni seçimi, çok büyük bir olasılıkla 27 Kasım 2005 Pazartesi günü yapılacaktır. AGAI sözcüleri, Hessen'deki göçmenlerin bu seçiminin büyük önemi taşıdığını söylüyor.

Noch zu lösende Schwierigkeiten gebe es im Bereich der Spätaussiedler ohne deutsche Sprachkenntnisse und bei der Abgrenzung gegenüber schulischen Aktivitäten, z.B. wenn Kinder nicht an Schulveranstaltungen teilnehmen dürfen.

Das Sicherheitsdenken des Staates, das z.B. die Durchsuchung einer Moschee gebiete, solle nicht als Angriff auf alle Migrant/innen verstanden werden. Bestimmte Entwicklungen, häufig beeinflusst von außen, dürften aber nicht hingenommen werden.

Ministerpräsident Koch zog hier das Resümee, dass die Hessische Landesregierung Schritt für Schritt auf dem richtigen Weg sei, da dieser die Akzeptanz erhöhe. In den Niederlanden gebe es z.B. große Probleme mit der Integration, Deutschland habe diese Aufgabe besser gelöst.

Für ein Angebot Muttersprachlichen Unterrichts für Iraner und Kurden stehe kein geeignetes Lehrpersonal zur Verfügung und die Interessengruppen seien zu klein. Der Brandanschlag in Usingen sei sehr bedauerlich und es sei alles getan worden, um optimale Ermittlungen sicher zu stellen. Die Regelanfrage bei dem Landeskriminalamt hätten alle Innenminister so beschlossen, je nach Anzahl der Anträge könne es schneller oder langsamer vorangehen.

Bei dem Übergang von der Realschule auf ein Gymnasium könne sich wegen der verkürzten Zeit bis zum Abitur möglicherweise ergeben, dass dann ein Jahr hinzukomme, um Defizite auszugleichen. Bei den bisherigen Schul- und Studienzeiten seien deutsche Absolventen im europaweiten Vergleich zu alt und damit im Nachteil gewesen. Von der Hessischen Landesregierung müssten Schwerpunkte gesetzt werden, was Wirtschaftspolitik (z.B. den Flughafenausbau) und die Operation „Sichere Zukunft“ betreffe. Die allgemeine wirtschaftliche Situation mache insbesondere Angebote für ältere Arbeitnehmer, zu denen russische Kontingentflüchtlinge oft zu zählen seien, schwierig.

Ministerpräsident Roland Koch erklärte weiterhin, dass es wichtig gewesen sei, die arabischen Länder auf der Buchmesse zu Gast zu haben. Die verstärkten Übersetzungen in der Folge dienten der Integration. Hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeiten für Migrant/innen hielt er fest, dass es bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen hohen Qualifikationsdruck gebe. Im Hinblick auf eine eventuelle Altfallregelung seien noch keine Konkretisierungen bekannt, rein zeitmäßige Vorgaben seien jedoch aus-

zuschließen. Die Durchsuchung religiöser Räume sei besonders hohen Anforderungen unterworfen, aber rechtswidrige Handlungen dürften auch dort nicht geduldet werden.

Die in 2001 erstmals für Mitgliederversammlungen praktizierte neue Form der Themenschwerpunktsetzung wurde im Berichtszeitraum äußerst erfolgreich fortgesetzt. So fand eine Diskussion mit den Vertretern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien zu migrationspolitischen Themen einen erfreulich regen Zuspruch.

Debatte um Sprachunterricht

Ausländerbeiräte: Kinder sollen in Schulen Muttersprache lernen

Sprachunterricht in Russisch, Türkisch und Arabisch an den Grundschulen hat die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Agah) befördert.

HEPPENHEIM, 21. Juni 2004. Die Einwandererkinder müssten die Möglichkeit haben, ihre Muttersprache richtig zu lernen, sagte der stellvertretende Agah-Vorsitzende Yümaa Mensisoglu am Samstag bei einer Podiumsdiskussion auf dem Hessentag in Heppenheim. Dies sei eine Voraussetzung für die Integration: „Nur wer seine Muttersprache beherrscht, kann eine Fremdsprache, also Deutsch, gut lernen.“

Die Agah kritisierte, dass die Deutsch-Vorlaufkurse für Ausländerkinder auf Kosten des muttersprachlichen Unterrichts ein geführt werden seien.

Das Sozialdezernat dürfe nicht gegeneinander ausgespielt, sondern die Zweisprachigkeit müsse als Chance ergriffen werden, erklärte die Fraktionsvorsitzende der Hessenkinder Yümaa Mensisoglu.

Die ausgebildeten Einwandererkinder können Deutschland in vereinter Europa mitbringen und so beweisen. (V.A./afh, lsi)

lang fehlten jedoch Konzepte für die individuelle Förderung dieser Schüler.

Kultusministerin Karin Wolff (CDU) verteidigte ihr Konzept der Vorlaufkurse: „Viele Migrantenkinder beherrschen weder ihre Muttersprache noch Deutsch, und in diesen Fällen halte ich es für entscheidend, dass sie Deutsch lernen.“ Die Angebote des muttersprachlichen Unterrichts werde es weiterhin nur auf freiwilliger Basis geben. Für die Deutsch Sprachkurse stelle die Landesregierung jedes Jahr 42 Millionen Euro bereit.

„Schwer wie Beton“

CDU-Fraktionsvize Gottfried Milde kündigte an, dass in Hessen bald ein kostenloses vorschulisches Pflichtjahr parallel zum Kindergarten eingeführt werde. Damit gebe es für Ausländerkinder eine weitere Möglichkeit, Deutsch zu lernen. FDP-Fraktionschef Jörg-Uwe Hahn appellierte an die Eltern, ihren Kindern beim Erlernen der Fremdsprache mit gutem Beispiel voranzugehen. Darauf erwiderte Piscitello Franco, Ausländerbeirat im südhessischen Bruchköbel: „Deutsch ist zwar die Sprache der Dichter und Denker, aber sie ist schwer wie Beton.“

Frankfurter Rundschau 28.06.2004

Die Plenarsitzung in der Hessestadt Heppenheim 2004 war dann auch deutlich dominiert von der fast zweistündigen Diskussionsrunde, die diesmal zu dem Thema „Bildungsland Hessen – auch für Migrant/innen?“ stand. Neben der Hessischen Kultusministerin Karin Wolff stellten sich die Landtagsabgeordneten Gottfried Milde (CDU), Heike

Habermann (SPD) sowie die Fraktionsvorsitzenden Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) und Jörg-Uwe Hahn (FDP) der Diskussion und bilanzierten den Stand der Hessischen Bildungspolitik aus ihrer jeweiligen Sicht. In der offenen Diskussion wurde den Vertretern die Position der agah und der Ausländerbeiräte verdeutlicht.



Auch an den anderen Mitgliederversammlungen der Jahre 2004/2005 nahmen regelmäßig Repräsentanten der Landtagsfraktionen und der örtlichen Kommunalpolitik teil.

Die Sitzung in der Hessentagsstadt 2005 in Weilburg stand ganz unter dem Zeichen der Auszeichnung verdienstvoller Ausländerbeiratsmitglieder. Nachdem der größere Teil der hessischen Ausländerbeiräte erst durch die Verankerung in der Hessischen Gemeindeordnung möglich wurde und viele somit seit der Wahl 1993 aktiv waren, wurden im Rahmen der Sitzung fast 100 Ausländerbeiratsmitglieder oder verdiente Unterstützer, die ununterbrochen seit 1993 oder länger im Ausländerbeirat mitarbeiten, auf Vorschlag der örtlichen Beiräte gebührend geehrt. Aufgrund der großen Resonanz wurde beschlossen, auch in Zukunft aktive Personen zu ehren.

Nicht zuletzt wurde im Rahmen von regelmäßigen Pressegesprächen im Anschluss an die Sitzungen über die Ergebnisse der Beratungen auch die Öffentlichkeit informiert (vgl. dazu Kapitel 5.1).